

Henning Ottmann

Universität München, Geschwister-Scholl-Institut, Oettingenstr. 67, D-80538 München
Henning.ottmann@gsi.uni-muenchen.de

Liberales, republikanisches, deliberatives Demokratie

Zusammenfassung

Das Modell der „Deliberativen Demokratie“, wie es Jürgen Habermas entwickelt hat, erhebt den Anspruch, das Modell der liberalen und republikanischen Demokratie in sich vereinen zu können, ohne die Nachteile dieser Demokratietypen an sich zu haben. Diese Synthetisierung der Demokratietypen wird als defizient aufgewiesen. Sie scheitert zum einen daran, dass Habermas vor allem von der republikanischen Demokratie ein Zerrbild zeichnet, in das wesentliche Elemente dieses Demokratietypus erst gar nicht eingehen. Zum anderen ist sie zum Scheitern verurteilt, weil Habermas übertriebene Idealisierungen an die deliberative Demokratie heranträgt. Solche entstehen vor allem durch eine Übersteigerung der Erwartungen an demokratische Diskurse und durch eine Unterschätzung des – auch in deliberativen Demokratien – bestehenden Handlungsbedarfs.

Schlüsselwörter

Liberales Demokratie, republikanisches Demokratie, deliberatives Demokratie, Jürgen Habermas

I.

In der Demokratietheorie werden Demokratien unterschiedlich klassifiziert. Man unterscheidet „direkte“ und „repräsentative Demokratien“. Im Anschluss an Schumpeter ist von einer „realistischen“ Demokratietheorie die Rede, wenn der unblutige Wechsel der Eliten zur Bestimmung der Demokratie genügt. Neuerdings gewinnt ein Begriff an Verbreitung: der Begriff der „deliberativen Demokratie“. Er ist 1980 von Joseph Bessette eingeführt worden.¹ Populär geworden ist er durch Rawls und durch Habermas, und er hat vor allem in englischsprachigen Ländern bereits weite Verbreitung gefunden.²

*

Werke von Jürgen Habermas werden mit folgenden Abkürzungen im Text zitiert: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Verfassungsstaates*, Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1992 (= FuG); *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1996 (= EdA).

1

J. M. Bessette, „Deliberative Democracy. The Majoritarian Principle in Republican Government“, in: R. A. Goldwin/W. A. Shambaugh (Hrsg.), *How Democratic is the Constitution?*, American Enterprise Institute, Washington/D. C. 1980, S. 102–116; Ders., *The Mild*

Voice of Reason. Deliberative Democracy and American National Government, University of Chicago Press, Chicago 1994.

2

Erwähnt seien nur: Bernard Manin, „On Legitimacy and Political Deliberation“, in: *Political Theory* 15 (1987), S. 338–368; Joshua Cohen, „Deliberation and Democratic Legitimacy“, in: Alan Hamlin – Phillip Pettit (Hrsg.), *The Good Polity. Normative Analysis of the State*, Blackwell, New York 1989, S. 17–34; Amy Gutmann – Dennis Thompson, *Democracy and Disagreement*, Harvard University Press, Cambridge/Mass. 1996; James Bohman – William Rehg (Hrsg.), *Deliberative*

Seine Eigentümlichkeit liegt in der Anbindung der Demokratie an die öffentliche Diskussion.

Die Verbindung von Demokratie und Diskussion ist so alt wie die Demokratie selbst. Die Griechen haben die Demokratie entdeckt, und sie haben sie entdeckt, weil sie Politik als eine Form des Miteinander-Redens und Miteinander-Handelns verstanden. Die „deliberative Demokratie“ erbt den ehrwürdigen Anspruch demokratischer Politik, dass sie auf das Miteinander-Reden gegründet ist, und sie versucht, diesen Anspruch unter den erschwerten Bedingungen moderner Öffentlichkeit erneut zur Geltung zu bringen. Modelle der deliberativen Demokratie werden gewöhnlich abgegrenzt von dezisionistischen Theorien oder von Theorien der „*social choice*“. Demokratie ist demnach nicht Entscheidung oder Wahl nach vorab feststehenden Präferenzen. Vielmehr sollen Entscheidungen aus Diskussionen hervorgehen. Präferenzen sollen sich in Prozessen der Diskussion und Deliberation läutern.

„Deliberare“ bedeutet so viel wie „erwägen“, „mit sich zu Rate gehen“, „sich mit anderen beraten“. Der Begriff weist zurück auf die symbuleutische Rede der klassischen Rhetorik, schon bei Aristoteles das Modell der politischen Rede. Aristoteles hatte sie nahe am Prozess der realen politischen Kommunikation dargestellt. Heute wird von den Befürwortern der „deliberativen Demokratie“ mit starken Idealisierungen gearbeitet. Die politische Kommunikation wird nicht so beschrieben, wie sie ist. Sie wird vielmehr so dargestellt, wie sie sein könnte, wenn freie und gleiche Personen keinem anderen Zwang als dem des „besseren“ Argumentes folgen würden, wenn jeder gleiche Redechancen besäße, niemand vom öffentlichen Diskurs ausgeschlossen wäre. Gleichheit und Inklusion werden in fast allen Theorien als fundamentale Kriterien deliberativer Demokratie genannt.

Das Deliberieren hat traditionell den Gegenbegriff des Handelns: *deliberare* versus *agere*. Das Parlament deliberiert, die Exekutive agiert. Der Philosoph Rawls versucht die Deliberationen eng an die etablierten Institutionen anzuschließen, an die Gerichte, an die Parlamente. Habermas dagegen entwirft das Bild einer großen, weiten Deliberation, die sich in spontanen Prozessen außerhalb der Parlamente und Gerichte vollzieht. Bei Habermas sind die Deliberationen handlungsentlastet. Dadurch entsteht die Frage, wie verbindlich solche Deliberationen sind. Soll man sagen: Außer Reden nichts gewesen? Soll man sagen, ein *deliberare*, das sich vom *agere* löst, ist ein bloßer Politikersatz, etwa nach dem Motto: Wir haben ja darüber geredet, warum will man noch mehr?

Ich untersuche im Folgenden das Habermas'sche Modell der deliberativen Demokratie. Es weist gegenüber früheren Ansätzen von Habermas einige Vorzüge auf. Interessen, Kompromisse, das, was früher als „strategisches Handeln“ aus der Politik verbannt wurde, wird nun als ein legitimer Teil der Politik anerkannt. Dass Politik nicht nur Handeln, sondern auch Ver-Handeln bedeutet, wird berücksichtigt. Der Rechtsstaat, der beim jungen Habermas in einen geradezu Schmitt'schen Gegensatz zur Demokratie geriet, ist aufgewertet. Das in den westlichen Demokratien vorherrschende Modell einer Synthese von Rechtsstaat und Demokratie ist die Ausgangsbasis aller Überlegungen. Der Diskurs tritt nicht mehr mit dem Anspruch auf, sich quasi selber erzeugen zu können. Die Rechte des Einzelnen sind „gleichursprünglich“ mit dem Diskurs. Einen Zwang, in Diskurse eintreten zu müssen, soll es nicht geben. Der Bereich der privaten Autonomie wird vom Diskurs ausgenommen. Die private Autonomie reicht soweit,

„...wie das Rechtssubjekt *nicht* Rede und Antwort stehen, für seine Handlungspläne *keine* öffentlich akzeptablen Gründe angeben muß. Subjektive Handlungsfreiheiten berechtigen zum *Ausstieg* aus dem kommunikativen Handeln und zur Verweigerung illuktionärer Verpflichtungen...” (FuG 153).

Die früher bestehende Gefahr, dass die Diskurse ihre eigenen Grundlagen zerreden oder Rechte zu ihrem Spielball machen, ist damit gebannt.

Den vielen Veränderungen der Theorie zum Trotz scheinen mir zwei große Mängel der Habermas'schen Theorie auch weiterhin bestehen zu bleiben. Der erste betrifft eine nicht ungefährliche Idealisierung der Deliberation, der zweite das Demokratiemodell, insofern es nach Habermas andere Demokratie-typen in sich integrieren soll. Die deliberative Demokratie soll eine Synthese liberaler und republikanischer Demokratie sein. Diese Synthese misslingt.

II.

Liberalismus und Republikanismus bilden in der Neuzeit zwei große Strömungen. Locke und Kant auf der einen, Machiavelli und Rousseau auf der anderen Seite mögen für die beiden Strömungen stehen. Man kann – und in englischsprachigen Ländern ist dies eine lebhaft Diskussions – Idealtypen liberaler und republikanischer Demokratie bilden. Idealtypen dürfen zuspitzen und vereinsseitigen, sie sind keine „Abbilder“ der Wirklichkeit. Aber sie dürfen auch nichts Wesentliches auslassen, wenn nicht ein Zerrbild entstehen soll.

Beginnen wir mit einer Übersicht über die drei Typen der Demokratie (FuG 349 ff.; EdA 277 ff.)!

Drei normative Modelle der Demokratie

Liberal	Republikanisch	Diskurstheoretisch (deliberative Politik)
Staat bestimmt durch Gesellschaft (Markt)	Staat bestimmt durch sittliches Leben, Zivilgesellschaft	Staat weder nur sittlich noch bloße Interessendurchsetzung
Politik als Sicherung und Durchsetzung von Grundrechten und Privatinteressen	Solidarische Politik	Deliberative Politik: Vielfalt der Diskurse: pragmatisch, ethisch, moralisch
Staatsbürger definiert durch negative, subjektive Rechte	positive Rechte, Teilnahmerechte	Teilhaberechte dominant, orientiert an öffentlicher Willens- und Meinungsbildung
Kampf um Macht, Wahlen wie Marktentscheidungen	Politik als öffentliche, Wahlen als Resultate öffentlicher Diskurse	Ideale Prozeduren für Beratung und Beschluss (ideale Sprech-situation)
Bürgerlicher Rechtsstaat	Bürgerschaft	Subjektlose Kommunikation
Regierung für das Volk	Regierung durch das Volk	Regierung durch Verfahren

Democracy, MIT Press, Cambridge/Mass. 1997; Jon Elster (Hrsg.), *Deliberative Democracy*, Cambridge University Press, New York 1998; John S. Dryzek, *Deliberative Democracy and Beyond. Liberals, Critics, Con-*

testations, Oxford University Press, Oxford 2000; James S. Fishkin/Peter Laslett (Hrsg.), *Debating Deliberative Democracy*, Blackwell, Oxford 2003.

Die *liberale Demokratie* wird definiert durch den Rechtsstaat. Ihre, sie bestimmende Grundlage ist eine Marktgesellschaft. Der Staat ist um der Rechte der Einzelnen willen da. Diese sind negative Rechte. Mit ihrer Hilfe grenzt sich der Einzelne ab vom Staat. Wahlkämpfe unterscheiden sich nicht von Marktentscheidungen oder Werbekampagnen. Regiert wird nicht durch, sondern *für* das Volk.

Hinter diesem Bild der Demokratie kann man Lockes Liberalismus erkennen, so wie dieser (etwa von Macpherson oder Euchner) gedeutet wird. Die Eigentümermarktgesellschaft bildet die Grundlage des Rechtsstaates. Andere Formen des Liberalismus, etwa ein sozialer (wie bei John Stuart Mill) oder ein konservativer (wie bei Edmund Burke), gehen in das Modell nicht ein. Das entscheidende Kriterium dürfte allerdings getroffen sein: die liberale Freiheit als eine negative, als eine Freiheit der Abgrenzung vom Gemeinwesen. Hierin kann man das wichtigste Kriterium sehen, das den Liberalismus vom Republikanismus trennt.

Das Modell der *republikanischen Demokratie* enthält kontrastierend das, was der liberalen Demokratie fehlt: Solidarität, Teilhabe der Bürger am Gemeinwesen, Wahlen, die nicht wie Marktentscheidungen ablaufen, sondern aus Diskursen hervorgehen. Freiheit ist positiv, d.h., sie wird nicht in Abgrenzung vom Gemeinwesen, sondern in der Teilhabe an ihm gesucht. Regiert wird nicht für, sondern *durch* das Volk.

Beide Demokratietypen haben, so Habermas, ihre Mängel. Der republikanischen Demokratie wirft er eine „ethische Engführung politischer Diskurse“ vor (EdA 280), also, sagen wir, zu viel Tugendforderung, zu viel Homogenitätsanspruch, zu wenig Raum für Pluralismus. Der Mangel der liberalen Demokratie soll in der ihr fehlenden Solidarität und in der verflachten, zur Werbung verkommenen Kommunikation bestehen.

Die *deliberative Demokratie*, so die Konstruktion des Arguments, soll in der Lage sein, die beiden anderen Demokratietypen zu beerben, ohne deren Mängel zu übernehmen. Das bedeutet, in der deliberativen Demokratie ist Platz für den Pluralismus und die Interessenpolitik, die sich in Republiken nicht ausreichend entfalten können. Zugleich verfügt die deliberative Demokratie über die dem Liberalismus fehlende Solidarität sowie über Formen der Kommunikation, die anspruchsvoller sind als die Werbekampagnen liberaler Öffentlichkeiten. In der deliberativen Demokratie verständigt man sich über Ziele und Werte der Politik.

In der Sprache der Habermas'schen Diskurstheorie stellt sich die deliberative Demokratie als Vereinigung verschiedener Diskurstypen dar (FuG, cap. 4). Vereint werden drei Diskursarten: Erstens, „pragmatische Diskurse“; sie sind zuständig für Interessen und Kompromisse. Zweitens, „ethisch-politische Diskurse“; sie dienen der Selbstverständigung und drehen sich um die Frage, was „gut für uns“ ist. Drittens, „moralische Diskurse“; in ihnen wird diskutiert, was „gut für alle“ ist, gemeint ist, für alle Menschen. Die Diskurse sollen als „kommunikative Macht“ einen Gegenpol bilden zur „administrativen Macht“ (FuG 182 ff.). Wenn Habermas früher Hannah Arendts Begriff von Macht als zu kommunikationslastig kritisiert hatte,³ so scheint er seit 1992 zum Kommunikationsoptimismus von Arendt übergeschwenkt zu sein. Das Reden wird selber zur Macht. Gemeint ist nicht die Macht, die den Widerstrebenden zwingt. Gemeint ist vielmehr die sanfte Macht der Überzeugung, die zwanglos zur besseren Einsicht führt.

**Diskursarten der „deliberativen Demokratie“
(J. Habermas, *Faktizität und Geltung*, Kap. IV)**

Pragmatischer Diskurs	alle Parteien oder Interessenten	Verhandlungen über Interessen	das Zweckmäßige	hypothetische Imperative	aggregierter Gesamtwille (Wille u. Vernunft getrennt)
Ethisch-politischer Diskurs	alle Mitglieder einer Gemeinschaft („ethnozentrisch“)	Selbstverständigungen über Ziele und Werte	das Gute (für uns)	klinische Ratschläge	authentischer Gesamtwille (Wille u. Vernunft sind wechselseitig bestimmt)
Moralischer Diskurs	alle	Einverständnis über schlechthin verallgemeinerungsfähige Normen	das Gerechte (für alle)	kategoriale Imperative	autonomer Gesamtwille (Wille u. Vernunft vereint)

III.

Ist die Synthese der Demokratietypen geglückt? Kann die „deliberative Demokratie“ die liberale und die republikanische Demokratie beerben? Sie kann dies nicht, da das Modell eine Schlagsseite hat. Habermas setzt – ähnlich wie die Altliberalen in ihrem Kampf mit dem Absolutismus – ein großes, allzu großes Vertrauen in die Macht der Öffentlichkeit und der Diskussion. Von der republikanischen Demokratie entwirft er weniger einen Idealtypus als ein Zerrbild, in dem wesentliche Elemente des traditionellen Republikverständnisses nicht mehr begehren.

Das Modell der republikanischen Demokratie ist bei Habermas zu mager-süchtig, als dass es mit dem liberalen Modell in ein Gleichgewicht gelangen könnte.⁴ Zu einer republikanischen Demokratie gehören: eine Bürgerpolitik (Bürger, die ihre Politik selber machen), ferner eine Miliz, eine Mischverfassung, ein nicht zu großes Territorium und schließlich der Patriotismus. Bei Habermas fehlt – bis auf die im Diskurs enthaltene Bürgerpolitik – alles, was eine Republik ausmacht. Es fehlt die Miliz (bei Machiavelli, Harrington u.a. das Paradebeispiel für den republikanischen Bürgerdienst); es fehlt die Mischverfassung (von Polybios über Cicero bis zu Machiavelli, Harrington, John Adams u.a. das wichtigste Kriterium republikanischer Verfassungstheorie)⁵; es fehlen Erörterungen über den Zusammenhang von Republik und Staatsgröße (wird doch traditionell dafür argumentiert, dass Republiken nur in kleinen Gemeinwesen gedeihen können); und schließlich fehlt jeglicher Verweis auf den Patriotismus (bei Montesquieu und Rousseau *die* Grundlage republikanischer Bürgertugend.)

Warum derart viele Auslassungen? Die Mischverfassung taucht vermutlich nicht auf, weil in dieser ein „aristokratisches“ Element der Demokratien anerkannt wird, eine Elite von Repräsentanten. Die Diskussion über die

3

Jürgen Habermas, „Hannah Arendts Begriff der Macht“ (1976), in: Ders., *Politik, Kunst, Religion. Essays über zeitgenössische Philosophen*, Reclam, Stuttgart 1978, S. 103–126.

4

Seit Baron den „Bürgerhumanismus“ propagierte, ist die Diskussion um den Republikanismus in den englischsprachigen Ländern immer intensiver geworden. An ihr beteiligt ist die Cambridge School (Pocock, Skinner).

Themen sind das Verhältnis von antiker und moderner Republik, die Rolle von Machiavelli und Harrington, der Streit um die Anteile, die der Liberalismus und der Republikanismus an der Gründung der USA haben.

5

Die Studien von Riklin zur Mischverfassung jetzt versammelt in Alois Riklin, *Machtteilung*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2006.

Staatsgröße wird vermutlich nicht angeschnitten, weil die Diskurstheorie universalistische Tendenzen hat, die Moral allemal über dem Ethos steht. Der Patriotismus wurde von Habermas schon in früheren Veröffentlichungen auf den „Verfassungspatriotismus“ reduziert. Heute wird er europäisch oder kosmopolitisch überholt. Ein Titel wie die „Postnationale Konstellation“ ist da bezeichnend.⁶

Zu diesen Auslassungen gesellt sich eine wichtige theoretische Entscheidung: Die Diskurstheorie beseitigt die Volkssouveränität im traditionellen Sinne. „Die Diskurstheorie“, heißt es, „macht die Verwirklichung deliberativer Politik nicht von einer kollektiv handlungsfähigen Bürgerschaft abhängig, sondern von der Institutionalisierung entsprechender Verfahren“ (EdA 287). Die Kommunikation wird subjektlos. Wo kein Volk mehr ist, entfällt die Grundlage republikanischer Politik. Es ist nicht mehr möglich, „Wir“ zu sagen (vielleicht eine spezifisch deutsche Problematik, die hier im Hintergrund steht). Eine Identifikation mit dem eigenen Gemeinwesen ist nicht mehr möglich. Selbst der Kosmopolitismus verliert seinen Sinn, es sei denn, man dürfte sagen: Verfahren aller Länder, vereinigt euch!

Der bei Habermas begegnende Staat ist reduziert auf die Rechtsgemeinschaft. Auch das zeigt noch einmal, wie weit sich das Demokratiemodell vom Republikanismus entfernt. Zwar ist von ethisch-politischen und moralischen Diskursen die Rede. Aber der Habermas'sche Staat gravitiert eher zum kantischen Rechtsstaat als zu einem republikanischen Tugendstaat. Alle Diskurse münden in das Recht (FuG 207). Wie in der Systemtheorie wird dem Recht eine Entlastungs- und Stabilisierungsfunktion zugeschrieben. Diese betrifft sogar die Diskurse selbst. Das Recht entlastet von den aufwendigen Prozessen der Verständigung.

IV.

Hinter den Modellen der deliberativen Demokratie steht die Überzeugung, dass, wie es John Elster formuliert, Foren und Märkte voneinander zu trennen sind.⁷ Sie gehorchen je anderen Prinzipien und sie haben je andere Kommunikationsformen. Die Unterscheidung von Foren und Märkten ist für jede anspruchsvolle Demokratie von großer Bedeutung. Der Anspruch dieser Unterscheidung reibt sich allerdings ständig an der Realität der politischen Kommunikation, die eher dem Meinungsmarkt und einer bloßen Aggregation von Meinungen ähnelt als einem Modell anspruchsvoller oder gar vernünftiger Diskussion. Die Frage ist: Wie viel Idealisierung darf man an die Deliberationen herantragen, bis die Theorie utopisch wird und den Kontakt mit der politischen Realität verliert? Die Theorie der deliberativen Demokratie weckt Erwartungen, die die politische Kommunikation weder erfüllen kann noch erfüllen sollte. Ich zeige dies an vier Beispielen: an der (zu hohen) Konsenserwartung, an der (zu hohen) Rationalitätserwartung, an der (mangelnden) Berücksichtigung der vordiskursiven Voraussetzungen der Diskurse und am Verhältnis von Reden und Tun. Das Modell der deliberativen Demokratie gibt dem Konsens, der Rationalität und dem Reden zu viel, es gibt den vordiskursiven Voraussetzungen und der politischen Praxis zu wenig.

Erstens, *die Konsenserwartung*. Der öffentliche Diskurs – so die Erwartung – soll konsensstiftend wirken. Dass er so wirkt, ist aber keineswegs ausgemacht. Diskussionen können beides bewirken: Dissens genauso wie Konsens. Man kann sich ebenso gut auseinanderreden, wie man sich zusammenreden kann. Ehepaare, die ihre Streitigkeiten durch eine Egetherapie beilegen wol-

len, entdecken in dieser vielleicht ganz neue, ihnen noch gar nicht bewusste unüberbrückbare Differenzen. Hobbes trennt sich von der aristotelischen Philosophie des *zōon logon echon*, weil er an die Macht der Sprache, Menschen miteinander zu verbinden, nicht mehr glaubt. Er hat den konfessionellen Bürgerkrieg vor Augen, der ein Krieg um Worte gewesen ist, und er nennt die Zunge „die Trompete des Krieges und des Aufruhrs“ (*De cive* V, 5). Je divergenter die Vorstellungen vom guten Leben werden, umso schwieriger wird es sein, durch bloßes Reden eine neue Gemeinsamkeit zu stiften. Statt von öffentlichen Diskursen Konsens zu erwarten, sollte man ihnen bescheidenere Ziele setzen: etwa das Ziel, Verständnis für die Positionen der anderen zu wecken, oder das Ziel, Kooperationsbereitschaft zu erzeugen, obwohl man sich in der Sache nicht einig ist. Von der Verständigung zum Verständnis, von der Meinungsdivergenz zur Kooperation – das dürften realistischere Ziele sein als die Erwartung, dass man sich, wenn man nur miteinander redet, in der Sache einigen kann.

Zweitens, *die Rationalitätsvermutung*. Wie die Konsenserwartung zu hoch ist, so ist auch die *Rationalitätsvermutung* zu hoch angesetzt. Diskurse befassen sich mit „Geltungsansprüchen“: mit der Wahrheit (von Aussagen), der Richtigkeit (von Normen), der Wahrhaftigkeit (von Expressionen). „Kommunikatives Handeln“ soll alle diese Geltungsansprüche umfassen. Aber wie wahrheitsfähig ist politische Kommunikation? Wie viel Richtigkeit kann sie beanspruchen? Wie viel Wahrhaftigkeit? Habermas vertheoretisiert die Praxis und er geht, wenn er die Kommunikation analysiert, eher von der wissenschaftlichen als von der politischen Diskussion aus. In der wissenschaftlichen Diskussion gibt es die Unendlichkeit des Gesprächs, das immer wieder mögliche Aufgreifen eines Themas, einen mäßigen Zeitdruck, eine Entlastung vom Handeln-Müssen – und das alles ist in der politischen Kommunikation nicht der Fall. In der wissenschaftlichen Argumentation werden voll entwickelte, Schritt für Schritt nachvollziehbare Argumente und Beweisketten ausgetauscht. In der politischen Kommunikation begegnen dagegen Beispiele und Enthymeme, historische Exempel und bloße Andeutungen eines Arguments, manches Mal verkürzt bis zum Schlagwort. Die Diskussionen sind emotionaler als in der Wissenschaft. Sie sind meist Appelle an die Leidenschaften. Was den Argumenten an Ausführlichkeit fehlt, wird ersetzt durch die Glaubwürdigkeit des Redners. Politische Kommunikation ist kein bloßer Austausch von Argumenten. Sie ist selbst noch in der Form des Wahlkampfes ein Werben um Vertrauen und sie ist immer auch ein personales Geschehen.⁸

Ein großer Mangel der Diskurstheorie ist, dass sie keine Differenzierungen nach Redeort und Adressat vornimmt. Der Rationalitätsgehalt politischer Kommunikation variiert jedoch außerordentlich, je nachdem, wo die Kommunikation stattfindet und an welches Publikum sie sich richtet. Stammtisch und Alltagsgespräch, Bürgerversammlung und Talkshow, Interview und Wahlkampf, Parlamentsdebatte, Expertenanhörung, Verfassungsdiskussion

6

Jürgen Habermas, *Die postnationale Konstellation*, Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1998, S. 91 ff.

7

Jon Elster, „The Market and The Forum“, in: James Bohman – William Rehg (Hrsg.), *Deliberative Democracy*, MIT Press, Cambridge/Mass. 1997, S. 3 ff.

8

Vom Verfasser, „Verantwortung und Vertrauen als normative Prinzipien der Politik“, in: Herbert Schnädelbach/Geert Keil (Hrsg.), *Philosophie der Gegenwart – Gegenwart der Philosophie*, Aubenque, P. Junius, Hamburg 1993, S. 367–377.

– stets ändern sich Ort, Adressat und Rationalitätsniveau. Die Diskurstheorie ist für solche rhetorischen Differenzierungen blind, da sie alle Deliberationen über den einen Kamm der Diskurse schert.

Heutzutage ist es eine bange Frage, ob die massenmediale Öffentlichkeit überhaupt Diskursqualität erreichen kann oder ob Diskurse nicht per se in kleine Präsenzöffentlichkeiten gehören.⁹ Zugang zur massenmedialen Öffentlichkeit haben nur einige wenige organisierte Akteure. In dieser Öffentlichkeit begegnet immer wieder nur, was Nachrichtenwert oder Werbewert für die Parteien und Verbände hat. Hier sprechen immer wieder Politiker, Journalisten, Verbandsvertreter, Bürger so gut wie nicht. Das Bild der massenmedialen Öffentlichkeit ähnelt eher dem eines Meinungsmarktes als dem einer abwägenden und reflektierten Kommunikation.

Habermas hat seine Hoffnung auf die Macht der Diskurse einmal so formuliert, dass man dem „zwanglosen Zwang“ des besseren Argumentes folgen werde. Jon Elster drückt eine ähnliche Erwartung aus, wenn er schreibt, schon die bloße Teilnahme an Deliberationen zwingt dazu zu argumentieren, Gründe zu nennen, von egoistischen Forderungen abzusehen.¹⁰ Aber diese Erwartung ist naiv. Die Schwierigkeit, der politischen Kommunikation Rationalität zuzuschreiben, liegt ja gerade darin, dass alle ständig behaupten, nur das Gemeinwohl im Auge zu haben. Schon Platons *Thrasymachos* weist darauf hin, dass alle ihre partikularen Vorteile gerecht nennen, die Armen, die Reichen, der Tyrann. Jeder beherrscht die Rhetorik der „Gerechtigkeit“.

Habermas (wie übrigens auch Rawls) lehnt eine skeptizistische Begründung der deliberativen Demokratie ab. Eine solche würde das Rationalitätsproblem auf einen Schlag lösen. Alle Meinungen würden als gleich wahr oder unwahr gewertet. Die Frage nach Wahrheit würde durch die nach der Mehrheit ersetzt: Mehrheit statt Wahrheit. Der demokratiethoretische Skeptizismus hat allerdings den Nachteil, der Selbstaufhebung schutzlos ausgesetzt zu sein. Auch die Meinung, dass die Relativität der Meinungen nur eine Meinung unter anderen ist, müsste zugelassen werden. Demokratien kommen nicht darum herum, zumindest ihre Grundlagen mit einem Wahrheitsanspruch zu versehen und diesen zu dogmatisieren. Sie müssen ihre Grundlagen so behandeln, als ob diese wahr wären, sei es, dass man sagt, „we hold these truths to be self-evident“, oder dass man von zivilreligiösen unantastbaren Grundlagen ausgeht.

Eine Unterscheidung wird dabei von größter Bedeutung. *Nur die Grundlagen* der Demokratie können als wahrheitsfähig betrachtet werden, nicht jede politische Einzelmeinung. Rawls' Beschränkung der öffentlichen Vernunft auf Verfassungsfragen und Fragen der Grundstruktur der Gesellschaft erfasst die deliberative Demokratie besser als Habermas' Anspruch, die große, weite Kommunikation für wahrheits- und vernunftfähig zu halten.¹¹ Aus den Spielregeln der Kommunikation selber lässt sich durchaus bestimmen, was ein besseres, was ein schlechteres Argument ist. Besser ist immer das Argument, das mit den Spielregeln in Übereinstimmung steht. Diese umfassen: den Ausschluß von Gewalt; das Verbot der Verächtlichmachung des Gegners; die Bereitschaft, sich reziprok zu verhalten; die Inklusion, diese so verstanden, dass möglichst alle Meinungen zu Wort kommen können. Was gegen diese Bedingungen verstößt (etwa gewaltsame Unterbrechungen der Deliberation, rassistische Äußerungen, den Gegner verächtlich machende Polemik etc.), das kann von vorneherein kein gutes Argument sein. Es ist kein gutes Argument, da es die Grundlagen zerstört, auf denen man miteinander reden kann.

Unvergleichlich schwieriger ist es, im weiten Feld politischer Einzelmeinungen Kriterien für „bessere“ und „schlechtere“ Argumente zu finden. Schon

das demokratische Wechselspiel von Mehrheit und Minderheit zeigt, wie schwierig eine solche Klassifizierung ist. Zwar müssen Minderheiten den Mehrheiten gehorchen. Sie müssen aber ganz und gar nicht deren Meinung für die bessere halten. Stattdessen dürfen sie auch weiterhin bei ihrer Meinung bleiben und sie dürfen dafür werben, dass diese einmal die Mehrheitsmeinung sein wird. Die Ausdehnung der Rationalitätsforderung auf jede einzelne politische Meinung beschwört die Gefahr eines Paternalismus herauf. Es entstünde eine Richtigkeitsdemokratie, die über die Korrektheit ihrer Verfahren hinaus bestimmen würde, was politisch richtig, was falsch ist. Aus Minderheiten würden Irrende, würden Dissidenten gemacht.

„Der zwanglose Zwang des besseren Arguments“ – die Formulierung schließt die Erwartung ein, dass der Diskurs nicht nur Meinungen ändern, andere überzeugen kann, sondern dass der „besseren“ Meinung auch *tatsächlich* gefolgt wird. Auch diese Erwartung schießt über die Realität politischer Kommunikation hinaus. Es mag schon sein, dass es hier und da zu Meinungsänderungen kommt. Aber oft dient die öffentliche Diskussion nur der Präsentation der vorhandenen Standpunkte. Zwar ist schon alles gesagt, aber noch nicht von allen. Man nimmt die Meinungen wahr und man bleibt bei dem, was man sowieso schon für richtig hält. Eine Parlamentsrede ist ein gutes Beispiel dafür, dass geredet wird ohne jede Absicht auf Überzeugung des Gegners. Kein Abgeordneter wird von seinem schon feststehenden Votum durch eine solche Rede abgebracht, und am Ende gewinnt nicht das bessere Argument, sondern die Mehrheit der gehobenen Hände.

Zu hohe Konsenserwartung, eine zu hohe Rationalitätsvermutung; als *dritter Einwand* sei genannt, daß die Diskurstheorie dem Diskurs zu viel gibt, den Voraussetzungen, unter denen Diskurse stehen, dagegen zu wenig. Diskurse haben *vordiskursive Voraussetzungen*, die sie selber nicht schaffen können. Der Wille, sich verständigen zu wollen; der Respekt vor der anderen Meinung; die Ernsthaftigkeit, sich an die eigenen Worte gebunden zu fühlen; der ganze Gemeinschaftswille – das alles liegt den Diskursen immer schon voraus. Es lässt sich durch diese nicht herbeireden, da ohne diese Voraussetzungen Diskurse nicht zu führen sind.

Die „deliberative Demokratie“ knüpft an die Redegattung der symbuleutischen Rede an, an das *genus deliberativum*. Der passende Redetypus für die vordiskursiven Voraussetzungen der Diskurse ist ein anderer. Es ist das *genus demonstrativum*, die feierliche, die festliche, die repräsentative Rede. Diese hat nicht die Aufgabe, Gemeinsamkeit zu erzeugen. Vielmehr bringt sie die schon existierende Gemeinsamkeit ans Licht. Zu diesem Modus der Selbstvergewisserung gehören die Inauguraladressen und Festansprachen, die Leichenreden und die öffentlichen Feste, die geschichtlich gepflegte Kultur der Erinnerung, das Denkmal, das Museum, die rituelle Rückkehr zum Anfang, Teile der nationalen Literatur. Die Diskursgesellschaft ist hier keine der nur Lebenden, sondern eine der Lebenden und Toten. In den Streit der Meinungen lassen sich die vordiskursiven Voraussetzungen der Diskurse nur in

9

Peter Henning Feindt, *Regierung durch Diskussion? Diskurs- und Verhandlungsverfahren im Kontext von Demokratietheorie und Steuerungsdiskussion*, Peter Lang, Frankfurt a.M. u.a. 2001, S. 294 ff.

10

Jon Elster, „The Market and The Forum“, S. 12.

11

J. Rawls, *Die Idee des politischen Liberalismus*, Frankfurt a.M. 1992, 45 ff., 293 ff.; Ders., „Nochmals die Idee der öffentlichen Vernunft“, in: Ders., *Das Recht der Völker*, Berlin 2002, 165ff.

begrenztem Maße ziehen. Je mehr sie dort hineingeraten, umso mehr ist eine Gemeinschaft vom Zerfall bedroht. Zwar sind die Großerzählungen, auf denen Gemeinschaften ruhen, Fiktionen. Aber es sind Fiktionen, die nicht allzu weit von der Glaubwürdigkeit abweichen dürfen. Wenn sie dies tun, zerfällt mit der Großerzählung die Gemeinschaft selbst. Die osteuropäischen Staaten bieten dafür reiches Anschauungsmaterial.

Viertens und letztens, die Diskurstheorie *überschätzt das Reden, sie unterschätzt das Tun*. Demokratie ist immer beides: Miteinander-Reden und Miteinander-Handeln. Die Diskurstheorie gibt alles Gewicht dem Reden. Dem stehen zwei Typen des Bürgers entgegen: der Aktivist auf der einen, der – vielleicht stumm – seinen Dienst tuende Normalbürger auf der anderen Seite. Beide Typen sind im Modell deliberativer Demokratien nicht präsent.

Das Modell der deliberativen Demokratie berücksichtigt den *Aktionismus* nicht, die Aufmerksamkeitserregung, die nicht durch Worte, sondern durch Aktionen erzielt wird, Demonstrationen, Sit-ins, Boykotte, Straßentheater, halbsbrecherische Aktionen von Greenpeace-Aktivisten.¹² Auch hier wird nicht geredet (allenfalls geschrien oder im Chor skandiert). Hier wird etwas vorgeführt, hier wird etwas gezeigt. Diskurse stehen in modernen Gesellschaften immer auch unter Verdacht. Sie sind keine unschuldigen, neutralen Medien des Miteinanderredens, sondern – wie es Foucault gezeigt hat – selbst eine Form von Macht und Disziplinierung. Die immer selben Wortführer mit den immer selben Parolen besetzen den öffentlichen Raum, und da bewegt sich manchmal so wenig wie in der berüchtigten Sonntagabendrunde von Frau Christiansen. Der Aktionismus ist demgegenüber ein Mittel der Schwachen, überhaupt Aufmerksamkeit für gewisse Themen zu erregen. Er ist, wenn er der deliberativen Demokratie nicht feindlich gegenübersteht, ein legitimes Mittel. Er wird kontraproduktiv, wenn er Reden verhindert, Versammlungen sprengt, den Prozess der Deliberation selber stört. In diesen muss er selber hinein, wenn er effektiv werden will.

Ein anderer Fall, mehr des Handelns als des Redens, ist der des politischen Dienstes. Rousseau hatte solche Dienste in seinem *Verfassungsentwurf für Korsika* vorgesehen. Republik und Dienst gehören zusammen, vom Wehrdienst und sozialen Jahr bis zu den freiwillig geleisteten Diensten, dem Mäzenatentum der Reichen, dem millionenfach ausgeübten Ehrenamt der Normalbürger. Wer da stumm das Seine tut, ist nicht eo ipso ein schlechterer Bürger als der Diskursathlet. Diskurskompetenzen sind unterschiedlich verteilt. Das öffentliche Reden ist nicht jedermans Sache, und so mag jeder beitragen, was er beitragen kann, Worte die einen, Taten die anderen.

Das weite Meer der Deliberationen bietet die Chance für Entdeckungsfahrten. Seine Gefahr ist im schlimmsten Fall der Schiffbruch, ansonsten, dass man hin- und herfährt und außer dem Hin- und Herfahren nichts gewesen ist. Aus dem Meer der Deliberationen muss man in die Kanäle der Entscheidung hinein. Diese ruhen mehr auf den vordiskursiven Bedingungen der Diskurse als auf diesen selbst. Eine Horrorvision der Zukunft könnte darin bestehen, dass wir über immer mehr reden müssen, weil wir immer weniger gemeinsam haben. In diesem Fall wäre der Diskurs in der Tat der wichtigste Teil der Demokratie. Aber er wäre dann auch ein Zeichen für das, was verloren ist.

Henning Ottmann

Liberal, Republican and Deliberative Democracy

Abstract

The model of “deliberative democracy”, as developed by Jürgen Habermas, requires the merger of the models of liberal and republican democracies without sustaining the deficiencies and shortcomings of either type of democracy. This synthesis of the aforesaid two types of democracy appears to be deficient. It is unsuccessful because, on the one hand, what Habermas essentially does is caricature republican democracy omitting some of the most crucial elements of this type of democracy, and on the other, because Habermas’s idealisation of deliberative democracy is exaggerated. Such exaggerated idealisations emerge, first and foremost, due to an overvaluation of the democratic discourse and an undervaluation – in deliberative democracies too – of the existing need to act.

Key words

Liberal democracy, republican democracy, deliberative democracy, Jürgen Habermas

Henning Ottmann

Démocratie libérale, républicaine, délibérative

Résumé

Le modèle de la « démocratie délibérative », tel que l’avait développé Jürgen Habermas exige qu’y soient réunis les modèles de la démocratie libérale et républicaine, sans inclure en même temps les défauts de ces deux types de démocratie. Cette synthèse des types de démocratie s’est montrée défectueuse. D’un côté, elle n’est pas réussie parce que Habermas fait la caricature de la démocratie républicaine qui n’inclut point les éléments essentiels de ce type de démocratie. De l’autre côté, elle peut être vouée à l’échec parce que Habermas idéalise trop la démocratie délibérative. Ces idéalisations excessives sont le résultat surtout d’une augmentation d’expectatives des discours démocratiques et d’une sous-estimation – même dans les démocraties délibératives – du besoin d’agir qui y est présent.

Mots clés

Démocratie libérale, démocratie républicaine, démocratie délibérative, Jürgen Habermas